



Rot-Grün verweigert die Wende in der Asylpolitik CDU/CSU wirbt für Gesetz zur Begrenzung der Migration

Josef Rief zur heutigen Debatte im Bundestag: „Wir diskutieren seit Jahren über die Notwendigkeit, dass Asylbewerber bzw. Menschen, die ausreisepflichtig sind und Straftaten begangen haben, unser Land verlassen müssen. Seit Jahren nimmt die Gewalt auf unseren Straßen zu, mit hohem migrantischem Anteil. Nach jedem Messerangriff, nach jeder Fahrt in eine Menschenmenge, wurden Reden gehalten. Der Bundeskanzler hat stets Regierungserklärungen im Bundestag abgegeben - gehandelt wurde von der Ampel-Regierung gar nicht oder nur in homöopathischen Dosen. Nach Magdeburg und Aschaffenburg ist für uns als Unionsparteien, aber auch für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, das Ende erreicht, wo wir weiter zusehen können. Wenn Kindergartengruppen attackiert und Zweijährige Opfer einer verfehlten Migrationspolitik werden, sollte jedem klar sein, dass es nicht so weitergehen kann.“

Wir wollten mit unseren Anträgen erreichen, dass sich in der Migrationspolitik endlich etwas ändert. Unser Land ist zahlenmäßig überfordert, in den Landkreisen, Behörden, Schulen, Kitas und bei der Unterbringung. Nicht zuletzt ist auch die Überforderung der Behörden Grund dafür, dass der Täter von Aschaffenburg das Land nicht, wie angeordnet, bereits verlassen hatte und seine schreckliche Tat ausführen konnte. Ich denke immer wieder an die Worte unseres Altbundespräsidenten Gauck, der sagte „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich“.

Wir können das Schutzbedürfnis von Flüchtlingen, die Straftaten begehen, nicht höher stellen als die Sicherheit unserer Bevölkerung. Deshalb unsere Anträge.

Wir haben am Mittwoch bis zur letzten Stunde bei FDP, SPD und Grünen dafür geworben, unserem Antrag zuzustimmen. Bei der FDP gab es eine Einsicht in die Richtigkeit der Argumente. SPD und Grüne dokumentieren mit ihrer Ablehnung, dass es ihnen wichtiger

ist, im Wahlkampf alles so zu belassen wie bisher, um gegen die Union eine AfD-Kampagne führen zu können.

Unser Gesetzentwurf, der am heutigen Freitag zur Abstimmung stand, lag bereits vor dem Aus der Ampel im Bundestag zur Beratung vor. Er beinhaltete im Wesentlichen drei Punkte: das Ziel einer Begrenzung der Migration wieder gesetzlich festzulegen, den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten einzuschränken, wie bereits 2016 schon einmal geschehen, sowie eine Ausweitung der Befugnisse für die Bundespolizei. Alles Punkte, die sowohl von den Ministerpräsidenten der Länder gefordert oder teilweise sogar im SPD-Wahlprogramm stehen. Auch nach vier Stunden Verhandlungen und Sitzungsunterbrechung war es Rot und Grün offenbar nicht möglich, auch nach vorgeschlagenen Anpassungen bzw. Änderungen des Gesetzentwurfs, zuzustimmen. Die heutige Debatte hat eindeutig gezeigt, dass SPD und Grüne keine Veränderung in der Migrationspolitik wollen. Zumindest die SPD, deren Wähler in Umfragen mehrheitlich für unsere Vorschläge sind, hätte ohne weiteres mit uns stimmen können. Die Grünen haben leider mit ihren Beschlüssen beim Parteitag in der vergangenen Woche bewiesen, dass sie keinen Handlungsbedarf in der Migrationspolitik sehen. Wir als Union konnten nicht gegen unseren eigenen, sehr richtigen, Gesetzentwurf stimmen, nur weil die AfD auch zustimmen wollte. Leider konnten wir für diesen ersten Schritt zu einer Migrationswende keine Mehrheit im Deutschen Bundestag erreichen.

Wir haben weder bei der Formulierung der Anträge, noch im Vorfeld der Abstimmungen in irgendeiner Weise mit der AfD zusammengearbeitet und werden das auch in Zukunft nicht tun. Im Gegenteil, es gab stundenlange Verhandlungen mit FDP, Grünen Seite 2

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

und SPD, wie wir nach den schrecklichen Morden von Union kann nicht weiter hinschauen und wird weiter auf echte Schritte zur Änderung der Migrationspolitik endlich als Parteien der Mitte handeln können. Die drängen.“ ■

[Hier können Sie sich die heutige Rede von Friedrich Merz anschauen.](#)

Hier der [Antrag vom Mittwoch](#) und der [heutigen Gesetzentwurf](#) zum Download!

27. Januar - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus Ausstellung im Bundestag von Sophie Gaiser und Paula Knepfelkamp Praktikantinnen

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz, das größte Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Die Befreier fanden Tausende ausgehungerte und kranke Überlebende vor, während unzählige Spuren der Verbrechen bereits verwischt worden waren. Zehntausende Häftlinge hatte die SS zuvor auf Todesmärsche getrieben, viele wurden unterwegs erschossen oder starben an Erschöpfung.

Aus diesem Grund zeigt der Bundestag in der Halle des Paul-Löbe-Hauses vom 29.01. bis zum 21.02.2025 die Ausstellung „Erinnerung an die Befreiung – Mahnung für die Demokratie: Eine Ausstellung anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz“. Sie zeigt Acrylbilder von Frauen, Männern und Kindern im Augenblick der Befreiung.

Es wird erinnert an die unzähligen Menschen, die während dieser Zeit ihr Leben verloren, und mahnt, dass keiner von ihnen in Vergessenheit geraten darf. Gleichzeitig würdigt die Ausstellung auch die Überlebenden, die trotz unvorstellbarem Leid und jahrelanger Qualen den Holocaust überstanden haben. Ihr Zeugnis dient als Mahnung und Verpflichtung, die Erinnerung wachzuhalten und sich entschieden gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit



einzusetzen.

Der 27. Januar ist heute ein internationaler Gedenktag. Er erinnert uns daran, dass die Menschenwürde das Fundament jeder Demokratie bildet, wobei die Werte Menschlichkeit und Gleichberechtigung im Mittelpunkt stehen, wie in Artikel 1 und 2 verankert ist. Auschwitz steht für den systematischen Mord an Millionen unschuldiger Menschen – Juden, politischen Gegnern, Menschen mit Behinderungen und vielen anderen, die von den Nationalsozialisten als „unwürdig“ oder als „lebensunwertes Leben“ betrachtet wurden.

Erinnern bedeutet Verantwortung. Der Gedenktag ruft uns ins Bewusstsein, wohin Hass, Rassismus und Ausgrenzung führen können. Die Geschichte darf sich niemals wiederholen – deshalb ist dieser Tag nicht nur eine Erinnerung an die Vergangenheit, sondern auch ein Auftrag für die Zukunft: **Nie wieder!** ■

Besuchen Sie unseren Bundestagskandidaten Wolfgang Dahler auf seiner Homepage www.wolfgang-dahler.de, bei [Instagram](#) oder [Facebook](#).

